

AG Berufsverbote aufarbeiten !



Arbeitsgruppe beim Kreisvorstand der GEW Kassel-Stadt

1972-2022: 50 Jahre Berufsverbote-Demokratische Grundrechte verteidigen!

Mit der Bitte, diesen Aufruf zu unterstützen, wenden wir uns an die demokratische Öffentlichkeit in Kassel. Wir sind von „Radikalenerlass“ und Berufsverbot betroffene BürgerInnen Kassels.

- Wolfgang Artelt (Berufsverbot 1975 -1993)
- Silvia Gingold (Berufsverbot 1975, danach als angestellte Lehrerin beschäftigt, bis heute vom Verfassungsschutz beobachtet, Klage dagegen anhängig)
- Dr. Thea Holleck (Berufsverbot 1982-1984)
- Dorothea Kröll (Berufsverbot 1976-1980, danach als angestellte Lehrerin beschäftigt)
- Günther Waldeck (Berufsverbot seit 1974, nie im Öffentlichen Dienst beschäftigt)

Am 28.Januar 1972 wurde der „ Extremistenbeschluss“, der sogen. Radikalenerlass, von den Ministerpräsidenten der Länder unter Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt beschlossen und bis heute nicht aufgehoben. In den folgenden Jahren wurden Millionen BewerberInnen für Berufe im Öffentlichen Dienst überprüft. Der Verfassungsschutz erhielt den Auftrag zu entscheiden, wer als „Verfassungsfeind“ zu gelten hatte, aus dem Öffentlichen Dienst entfernt oder gar nicht erst eingestellt wurde. So entstand ein Klima der Bespitzelung und Angst vor politischem Engagement. Es traf KommunistInnen, andere Linke, GewerkschafterInnen, AntifaschistInnen und Friedensbewegte. Mitglieder rechter Parteien und Gruppierungen wurden dagegen im Öffentlichen Dienst geduldet.

Nach langjähriger Arbeitslosigkeit leiden viele der Betroffenen bis heute unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen und materiellen Nachteilen.

Im Jahr 2022 jährt sich der „Radikalenerlass“ zum 50. Mal. Er findet weiterhin Anwendung. Seine Folgen wirken bis heute.

Auch wir Kasseler Betroffene fordern: Es ist an der Zeit,

- **den „Radikalenerlass“ formell und bundesweit aufzuheben,**
- **alle Betroffenen voll umfänglich zu rehabilitieren und zu entschädigen**
- **die Folgen des „Radikalenerlasses“ und seine Auswirkungen auf die demokratische Kultur wissenschaftlich aufzuarbeiten**

Wir bitten um Ihre solidarische Unterstützung, indem Sie den anhängenden **Aufruf (Link!)** unterzeichnen. Ihre Unterschrift senden Sie bitte per E-Mail an k.lipps@posteo.de

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgruppe Berufsverbote – GEW Kassel